



www.kettenreaktion.ch

BULLETIN

Hintergrundinformationen aus der Kernenergie

Wer ist «wir»?

Im Zusammenhang mit dem sog. «Klimanotstand» hört man häufig Sätze wie: Es bleibt uns keine Zeit, noch länger zuzuwarten; **wir** müssen jetzt handeln! **Wir** sind es unseren Enkeln schuldig, dass **wir** etwas tun, um den CO₂-Ausstoss massiv zu reduzieren. **Wir** kommen nicht darum herum, uns einzuschränken. Etc.,etc.

Die Politiker, die für die kommenden Wahlen im Herbst die Klimadebatte zu ihrem zentralen Thema gemacht haben, meinen natürlich mit **wir** sie und ihre potentiellen Wähler oder sogar alle Schweizerbürgerinnen und Schweizerbürger. Die Schweiz hat 8 Millionen Einwohner. Diese sind für 40 Millionen Tonnen emittiertes CO₂ pro Jahr verantwortlich. Alle Massnahmen, die **wir** zur Reduktion dieser Menge beschliessen, wie z.B. Einschränkungen der persönlichen Flug- und Kreuzschiffahrtsreisen, Umsteigen auf Elektromobile und öffentliche Verkehrsmittel usw. können diese 40 Tonnen (t) wohl maximal um 50% auf 20 t reduzieren. Das wären dann ½ Promille des Gesamt-Weltausstosses von 40 Milliarden Tonnen. Es leuchtet wohl ein, dass **wir** Schweizer den Klimanotstand so überhaupt nicht beeinflussen. Ein «Marshall-Plan» à la SP ist also nur eine bedeutungslose Schaumstrategie.

Erst, wenn mit «**wir**» die gesamte Menschheit gemeint ist, kann gehofft werden, dass der globale Temperaturanstieg beeinflusst werden kann. Die UNO und der Sicherheitsrat müssten einen für die gesamte Welt umfassenden Plan erstellen, der als wesentliches Element ein »Manhattan-Projekt 2« enthält, bei dem die bereits angelaufenen Anstrengungen für den stärkeren Einsatz der Kernenergie in allen wirtschaftlich entwickelten Ländern (inklusive China und Indien) koordiniert und beschleunigt werden. Nur so könnten die ambitionierten Zielsetzungen wie «Null-CO₂-Emissionen bis ins Jahr 2050» eventuell ansatzweise erfüllt werden.

Ein Motto für diese Welt-Aktion hätte ich bereits:

Wir (die Menschheit) schaffen das!

Hans Rudolf Lutz, Präsident

Das (fast) Gegen-Editorial

Als Ewiggestriger und unbelehrbarer UNO-Gegner muss ich jetzt leider die UNO in Schutz nehmen, denn ich bin mit dem Editorial des Präsidenten nicht ganz einverstanden.

Die UNO (Vereinigte Nationen) ist bereits zünftig unterwegs in Sachen Nachhaltigkeit. Sie hat 17 Ziele (und 169 Unterziele) als Kernstücke ihrer Agenda 2030 definiert. Es sind die sog. SDG (englisch: Sustainable Development Goals (SDGs). Französisch : Objectifs de développement durable ; Deutsch: Nachhaltigkeitsziele. Dies sind politische Zielsetzungen der (UNO), die der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen.

«Die SDGs sollen bis 2030 global und von allen UNO-Mitgliedstaaten erreicht werden. Das heisst, dass alle Staaten gleichermaßen aufgefordert sind, die drängenden Herausforderungen der Welt gemeinsam zu lösen. Auch die Schweiz ist aufgefordert, die Ziele national umzusetzen. Auch sollen Anreize geschaffen werden, damit nichtstaatliche Akteure vermehrt einen aktiven Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten» (Quelle: <https://www.eda.admin.ch>).

Ziel Nr. 13 ist das Ziel: «Climate Action». Unter der bereits zitierten Quelle heisst es: «Umgehend Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen». Dies scheint jetzt wichtiger zu sein als z.B. die Ziele Nr. 1 «Armut in all ihren Formen und überall beenden»; oder Ziel Nr. 2 «Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern». Und noch etwas: wir – z.B. die Stadt Basel und der Kanton Glarus, u.a.m. – können zum Erreichen des Klima Ziels «entscheidend», als Vorbilder für die ganze Welt, beitragen. Erste Voraussetzung ist natürlich, dass man alle andern Ziele in den Hintergrund stellt.

Ganz vergessen zu erwähnen habe ich die grosse Rolle, die die Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens spielen will. Sie wird dort zwischen 450 und 600 Millionen Franken pro Jahr reinpumpen. Wenn das nichts nützt.

So viel zu den Programmen und Fakten. Meine bescheidene Meinung dazu: Ca. 200 Ziele auf der Welt bis 2030 aufzustellen und erst noch zu erreichen ist mehr als ziemlich vermessen. Ich hatte von den früher «besten» Management Consultants gelernt, dass man sich ambitionöse aber nicht unrealistische Ziele setzen soll. Obwohl ich i.S. UNO ziemlich unbelehrbar bin, lerne ich betr. Zielen gerne noch etwas dazu. Die Ziele sind nicht priorisiert; d.h. für mich alle müssen gleichzeitig angepackt und bis 2030 erreicht werden. Eine Priorisierung wurde scheinbar von einem Team von Ökonomen und andern Spezialisten aufgrund des Kriteriums «Return on Investment» vorgenommen. Dabei ist das Klima praktisch ausser Traktanden gefallen.

Pech! Die Frage ist nur, wie genau wollen wir das Klima retten? Antwort: CO₂ einsparen. Konsequenterweise müsste das heissen: KKW einsetzen. Wer aber wie der BR, das nationale Parlament, alle Parteien bis auf die SVP und das Schweizer Volk die Energiestrategie 2050 bzw. den Ausstieg aus der Kernenergie unterstützte, wäre logischerweise ein Förderer der Klimaerwärmung. In diesem Zusammenhang darf man das Wort Klimaskeptiker oder Klimaleugner – die Kettenreaktion ist ja zeitweise sogar politisch korrekt – nicht gebrauchen. Fakt ist eben auch, dass Greta, die Schülerinnen und Schüler, die Studentinnen und Studenten, die Klimaforscherinnen und Klimaforscher es besser wissen als die Wenigen, die für Kernenergie einstehen. Die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache: 95% aller «relevanten» Klimaforscherinnen und Klimaforscher haben einen (wissenschaftlichen!) Konsens, dass das menschengemachte CO₂ die Ursache allen Übels ist. Und wenn 58% der Schweizer am 21.5.2018 ein deutliches Ja in die Urne gelegt hatten, dann bleibt ein klägliches Rest von Unwissenden bzw. von Uninformierten.

Eine weitere Frage – meinerseits - sei doch noch erlaubt: Wenn man die divergierenden Prognosen betr. Klimaerwärmung – von 1.5 Grad bis 6 Grad – anschaut, müsste man dann nicht eher Geld in Ziel Nr. 3 der SDGs investieren: Ziel 3 heisst: «Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern». Ich muss annehmen, dass z.B. die jetzigen 60 Millionen Flüchtlinge in der Welt und die 2 Millionen unterernährten Kinder in Jemen – hätten sie ein Stimmrecht – für Ziel Nr.3 votieren würden und ihnen der ganze hype von Klimawandel mehr als völlig egal ist. Das «I want you to panic» von Greta hat mich nicht überzeugt. Aber eben Unbelehrbare kann man per Definition nicht belehren. Oder im Klartext: Ich selber spüre zwar, dass das Wetter im Sommer seit meiner Jugend heisser geworden ist. Heiss macht müde. Darum glaube ich auch vorläufig nicht an die menschengemachte CO₂-Theorie, bis sie schlüssiger bewiesen ist.

D.h. nicht dass man die «low hanging fruit» (wie insbesondere den Gebrauch von Kernenergie) nicht als Vorsichtmassnahme gegen das evtl. menschengemachte CO₂ sofort pflücken soll. Und als meine persönliche Ausrede füge ich gleich an, dass ich das SDG Ziel Nr. 7 der UNO: «Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern» als prioritärer einschätze als unser Klima.

Hans Achermann



Anmeldung als Mitglied des Vereins Kettenreaktion (Vereinsbeitrag pro Jahr: CHF 20.–)

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

Email Adresse _____

Unterschrift _____

Ort, Datum _____

Bitte senden an: Verein Kettenreaktion, Funkstrasse 107, 3084 Wabern oder koechel@gmx.ch



Kleine Chronik und (Allge)meine Verunsicherung

Eigentlich hätte doch alles so schön sein können, die Wirtschaft war zufrieden, das Volk war es und die Steuerempfangenden auch.

Am 26. April 1986 kam es zum ersten GAU in der Kernenergiegeschichte an den ich mich noch gut erinnern kann. Das Ganze ausgelöst durch eine stümperhaft geplante und ausgeführte Stromausfalls-Simulation.

Ausser dass keine Pilze mehr gegessen werden durften, ging das Leben bei uns und im deutschsprachigen Raum weiter sein gemütlichen Gang.

Bis am 11. Mai 2011 ein starkes Erdbeben mehr als hundert Kilometer vor der japanischen Pazifikküste für einen Tsunami sorgte, der mit mehreren Flutwellen grosse Landstriche mit Wucht überschwemmte und verwüstete. Die genaue Zahl der Toten konnte nie eruiert werden, vermutlich waren es weit über zwanzigtausend Menschen und ungezählte Tiere und Pflanzen.

Das direkt an der Küste gebaute Kernkraftwerk Fukushima wurde ebenfalls getroffen. Es fielen mehrere Reaktorblöcke aus, das aufgrund mangelndem Hochwasserschutz. Aus dem gleichen Grund sind die Notstromdiesel augenblicklich unter Wasser gestanden und konnten damit auch keine Notkühlung gewährleisten. Die Folge war eine Kernschmelze. Soweit ich mich erinnere sind bei diesem Unfall keine Todesopfer zu beklagen gewesen, ausser als Folge der Sturmflut.

Schon damals wurde noch Wochen nach der Katastrophe fast nur vom «Fukushima-GAU» berichtet, wohl verschweigend dass die Sturmflut allein riesiges Leid und Vernichtung über Japan gebracht hatte.

Ich möchte nicht verschweigen, dass der Reaktorunfall eine radioaktive Verseuchung eines grossen Gebietes im Westen des KKW zur Folge hatte. Die Anwohner mussten umgesiedelt werden, was aus meiner Sicht jedoch weit weniger schlimm und folgenreich ist, als in einer Wasserwand zu ertrinken.

Was ist in der Folge passiert? Ein wohl überlegender Mensch sollte erwarten können, dass entweder Erdbeben verboten werden oder dass zumindest wirksame Schutzmassnahmen wie Dämme und Kanäle errichtet werden. Das zweite ist in Japan in Arbeit.

Was sich die Politik im deutschsprachigen Raum ausdachte, entbehrte jeglicher Logik. Anstelle so weiter zu leben wie bisher, wurde sehr schnell erneut über den Ausstieg aus der kommerziellen Kernenergie debattiert. Als wäre der Reaktorunfall und seine Folgen das wirkliche Problem bei der Naturkatastrophe gewesen.

Anstatt froh zu sein, dass die Wahrscheinlichkeit eines Tsunamis in Deutschland und besonders in der Schweiz relativ bis äusserst gering ist, wurden die Folgen von verpassten Hochwasserschutzmassnahmen in Fukushima zum Anlass genommen, einer immer schon verhassten Technologie den Todesstoss zu versetzen. Aus Deutschland ist der geneigte Leser solche unüberlegten Überreaktionen bereits gewohnt.

Dass das Stimmvolk der Schweiz hingegen am 21. Mai 2017, also sieben Jahre nach der Naturkatastrophe in Japan, sich ebenfalls für eine nicht durchdachte Förderung der sogenannten Erneuer-

erbaren und damit gegen die sichere Kernenergie entschieden, ist mir auch heute noch völlig schleierhaft.

Scheinbar hat auch in der Schweiz schon lange ein latenter KKW Hass bestanden. Und es wurde nur nach einer Gelegenheit gesucht, endlich einen Grund zur Abschaffung der kommerziellen Kernenergieanlagen zu haben.

Über militärische Anlagen im deutschsprachigen Raum wird im übrigen Stillschweigen bewahrt. (Böse ist wer Schlechtes denkt).

Stattdessen werden Solarzellen und Windmühlen in die Gegend gestellt, auf Hausdächern sind sie ja noch ein kleines Übel. Aber einfach in die Landschaft? Volatile Stromproduzenten die nach Wetters Lust und Laune Strom liefern und damit den bewährten Bandproduzenten, wegen Ihrer prioritären Einspeiseerlaubnis, Schwierigkeiten machen?

Wir haben in der Schweiz mit unseren Stauseen wenigstens noch eine Art Speicherinfrastruktur, in Deutschland ist diese so gut wie nicht existent.

Im Moment läuft alles rund, Deutschland vertraut auf Braun- und Steinkohle, akzeptiert 3 Jahre noch die übriggebliebenen Kernkraftanlagen und baut kräftig Windräder, Solarzellen und Gaskraftwerke. Ihr heres Ziel, die 1,5°C Klimaerwärmung durch eine Reduktion des CO₂-Ausstosses zu erreichen, rückt immer weiter in die Ferne. Die Quadratur des Kreises scheint der Politik und der ihr folgenden Lämmer allerdings sehr wohl möglich.

In der Schweiz wird auf den Import von Strom gesetzt, wenn das nicht mal eine fast noch dümmere Taktik ist.

Grosse Teile der Rest-Welt setzen auf neue Kernkraft Technologien oder bauen sogar Anlagen, die auf der aktuellen Technik beruhen. Alles in Ordnung, sollte man meinen.

Hinter dem Verhalten der Menschen im deutschsprachigen Raum hingegen, wozu ich auch Teile von Belgien zähle, muss eine grössere und geheime Agenda stehen. Die Kosten oder sprich die Zeche wird der Mittelstand dieser Länder bezahlen.

Qui bono? Wem nützt es?

Ralph Göpel, Oberägeri



Lettre à un collègue libéral-radical

Pour un PLR convainquant – entre mouvance rouge-verte et UDC

Le Parti Libéral radical (PLR) progresse dans la genèse de sa nouvelle politique climatique. Le document de travail soumis aux présidents de section par la direction du parti couvre presque tous les aspects du «*dossier écologique*», bien au-delà du «*dossier climatique*» que l'on avait annoncé. Constat: Au-delà des généralités libérales, pour vraiment influencer la campagne politique préélectorale, le PLR devra impérativement focaliser son message sur le dossier climatique, se démarquer de la concurrence, aller plus près de la réalité des faits que les autres partis qui se cantonnent dans une éthique absolutiste et délirante, ou alors dans un négationnisme trop réducteur.

Le parti doit choisir quelques idées-forces pour étayer une position libérale-radical simple, réaliste, pragmatique et efficace, à même de marquer les esprits dans une campagne électorale qui sera inévitablement polarisée.

1. Admettre – comme la direction du PLR l'a déjà fait – que **le dossier climatique** mérite la pleine attention de la politique, sans néanmoins tomber dans le catastrophisme et l'aveuglement élémentaire avec lequel on nous bombarde quotidiennement dans les médias et dans nos boîtes à lettres.
2. Justifier par **le principe de précaution** une politique climatique plus volontariste qui ne s'appuie pas sur des vérités soi-disant absolues et apocalyptiques, mais plutôt sur des signaux préoccupants exigeant considération et action. Bien sûr, le principe de précaution imprègne depuis longtemps les grands choix politiques. Pas besoin d'annoncer l'arrivée imminente en Suisse du virus Ebola pour mettre sur pied une bonne organisation sanitaire anti-épidémies; pas besoin d'agiter le spectre de l'aviation russe pour justifier l'achat d'un nombre «raisonnable» d'avions de combat; pas besoin de prédire l'entrée imminente de centaines de milliers de cambrioleurs est-européens pour maintenir des forces de police «adéquates», ... et ainsi de suite.
Voilà tout ce que le PLR doit dire pour justifier sa politique climatique - sans s'empêtrer dans de vaines controverses scientifiques: changement de climat par cause naturelle ou par main de l'homme ou autour d'un libéralisme pur, dur et non interventionniste. Vouloir prendre ses précautions suffit pour entériner une politique modérée de réduction du CO₂ et d'une atmosphère moins polluée!
3. Recadrer l'objectif. Le noyau du principe de précaution, c'est remettre en cause **l'utilisation massive dans le monde des énergies fossiles**, puisqu'il s'agit de réduire la production de gaz carbonique et la dispersion de polluants chimiques. Pour la Suisse, l'objectif est le même. Mais comme notre production par habitant est beaucoup plus faible (en terme absolu et par habitant) que celle de l'Allemagne et que celle des grands pays pollueurs comme les États-Unis, la Chine et l'Inde, encore faut-il bien choisir les moyens pour avancer sur ce dossier chez nous.
Les idéologues de la mouvance écologique rejettent avec indignation l'argument positif que les mesures à prendre en Suisse peuvent tenir compte des faibles émissions toxiques résultant du recours aux énergies hydraulique et nucléaire. Le PLR doit ici rester ferme. Oui, il faut tenir compte des conséquences sectorielles de toute mesure restrictive et insister pour que l'on considère l'impact économique local; oui, investir à l'étranger plutôt que chez nous si une analyse coût/bénéfice le justifie. Il ne s'agit pas de faire de l'autoflagellation éthique, mais bien d'obtenir des résultats concrets.
4. Dans cet objectif de CO₂ d'abord, la priorité en Suisse, c'est de se concentrer sur les règlements et sur les subventions destinés à réduire **le chauffage à mazout** omniprésent dans notre pays. Les pompes à chaleur peuvent avantageusement remplacer les pompes à mazout, puisqu'elles prennent dans l'environnement voisin le gros de la chaleur exigée. Les cantons travaillent déjà dans ce sens; ces efforts méritent un soutien fédéral accru.
5. Autre idée-force concernant la plus importante des énergies renouvelables, le solaire. Celle-ci mérite en une priorisation sous forme de **solaire thermique** – avec des panneaux thermiques sur les toits pour la production directe d'eau chaude du bâtiment. Cela valorise beaucoup mieux l'énergie du soleil que le solaire photovoltaïque – que la mouvance rouge-verte a imposé politi-

quement, non pas sur la base d'un objectif réel, non pas pour la réduction des émissions de gaz carbonique, mais pour la substitution du nucléaire – qui ne produit pas de polluants chimiques. Soyons réaliste, le solaire ne jouera qu'un rôle statistiquement marginal dans la production d'électricité, alors qu'il pourrait jouer en Suisse un rôle primordial dans celui de la chaleur. C'est au PLR de dire et de redire ce message.

6. Et **le nucléaire**? Après l'entrée en vigueur de la loi énergétique 2050, le nucléaire est entré dans l'ombre, presque dans l'oubli. Les centrales suisses existantes resteront en service aussi longtemps que leur sécurité est assurée par l'autorité de surveillance et que leurs propriétaires y verront un intérêt économique. Le peuple en a décidé ainsi. Une sage prudence pour pallier jusque dans les années cinquante les incertitudes du marché de l'électricité en Europe et celles du futur rôle des énergies de remplacement.

Sur cette base, le PLR doit catégoriquement reprendre l'argument de la loi en faveur d'une durée d'exploitation la plus longue possible des centrales existantes – au nom de la sécurité d'approvisionnement national et de la protection de l'environnement – et ceci en accord avec le *Groupe d'Experts Intergouvernemental sur l'Évolution du Climat (GIEC)* qui atteste le rôle favorable que peut jouer le nucléaire dans la lutte climatique. Même Damoiselle Greta Thurnberg cite le GIEC sur ce point. Puisque le GIEC est devenu le conclave cardinal et infaillible du mouvement climatique, le PLR serait ici en bonne compagnie. Rappelons encore que la majorité des membres du PLR se sont exprimés en avril dernier en faveur de l'option nucléaire.

Le document de travail du PLR ne mentionne qu'une seule fois le mot «*nucléaire*» – et cela dans le seul contexte de la recherche de technologies d'avenir. C'est bien, mais un peu court, puisque personne ne parle sérieusement aujourd'hui de lever l'interdiction de construire de nouvelles centrales. Avant de mieux connaître les besoins en électricité du marché européen dans 20 ou 30 ans, nos compagnies de production ne planifieront pas la construction de grandes centrales, nucléaires ou gaz naturel. Pourtant, le PLR doit dire quelque chose de substantiel **sur le maintien de la capacité nucléaire** en 2019 déjà, avant les élections fédérales d'octobre et avant l'arrêt de la centrale nucléaire de Mühleberg en décembre – puisque le nucléaire c'est 40% de la production électrique suisse. Rappelons que le peuple suisse avait dans sa majorité en novembre 2016 voté en faveur du maintien du parc nucléaire existant; c'étaient 1'300'860 citoyens électeurs. Avant les élections d'octobre, le PLR devrait donc oser parler du nucléaire et se rappeler au bon souvenir de ce vaste million d'électeurs.

7. Le PLR a encore le devoir de promouvoir **un approvisionnement fiable de la Suisse en électricité**. Il s'agit de ne pas oublier que la disponibilité d'énergie est à la base de notre prospérité et que, en ce qui concerne l'électricité, les deux tiers des besoins vont vers l'industrie, les PME, l'agriculture et les transports, donc d'abord vers les places de travail, et seulement ensuite vers *les ménages*.

Demain, quel approvisionnement de réserve, alors que l'Allemagne affiche sa détermination à sortir du nucléaire en 2022 et du charbon en 2038, alors que la France annonce une réduction de son parc nucléaire à 50% avant 2035 – donc une réduction massive de ses capacités d'exportation. Grave lacune, la Stratégie énergétique suisse ne règle pas les responsabilités respectives des acteurs suisses pour assurer un approvisionnement sûr du pays. Les radicaux-libéraux favorisent en général les mécanismes du marché; mais ceux-ci ne suffisent pas lorsque prix et volumes sont à la merci de décisions politiques, tant en ce qui concerne l'octroi des subventions nationales que les livraisons européennes soumises à des contraintes politiques arbitraires.

Pour dégager une politique fédérale en matière d'approvisionnement, le PLR doit demander la mise sur pied d'une **commission consultative permanente sur l'énergie** – comprenant des représentants pour un quart en provenance des industries productrices, un quart des industries distributrices, un quart d'offices fédéraux et cantonaux, et un quart du secteur consommateur (industrie, PME, etc.)

Bruno Pellaud, membre, PLR-Valais

Icogne, le 29 juillet 2019

Neuste Nachrichten und Kommentare zur weltweiten Entwicklung der Kernenergie

1. Der BWRX-300 SMR von GEHitachi

Wie NuScale unterbreitete jetzt auch GEHitachi eine neue SMR*)-Entwicklung der kanadischen Sicherheitskommission zur Vorprüfung.

Kommentar: Die Konkurrenz zwischen den beiden Leichtwasserreakortypen, nämlich Druck-Wasser und Siedewasserreaktoren, wird also fortgesetzt. Gut für die zukünftigen Besteller dieser inhärent sicheren Reaktortypen, bei denen Schmelzunfälle à la Fukushima physikalisch ausgeschlossen werden können.

2. Erschreckende Negativmeldung

Die neugewählte australische Regierung erteilt einer indischen Firma die Bewilligung zur Eröffnung einer Kohlemine in Queensland. Es sollen vorerst aus einem 320 Kilometer entfernten Hafen jährlich 10 Millionen Tonnen Kohle nach Indien verschifft werden. Für später ist eine Erhöhung auf 60 Millionen Tonnen pro Jahr vorgesehen.

Kommentar: 60 Millionen Tonnen Kohle ergeben nach deren Verbrennung 220 Millionen Tonnen CO₂, also 5.5 Mal den Jahresausstoss der Schweiz, oder 550 Mal die Menge CO₂ die die Schweiz einspart, wenn sie ihre Flugbewegungen um 30% einschränkt!

3. CO₂-Einsparungen von Kernkraftwerken

Die Schweizer Kernkraftwerke haben seit ihrer Inbetriebnahme bis Ende Juni 2019 950 TWh**) Strom produziert. Hätte man, wie anfangs der 60er Jahre ernsthaft erwogen, diesen Strom mit Ölkraftwerken erzeugt, so hätten diese dabei statt 10 Millionen Tonnen CO₂ (wie die KKWs), 600 MioT CO₂ in die Luft verpufft. Das wären 15 zusätzliche Schweizer Jahresausstösse gewesen.

Kommentar: Ein weiterer Beweis, welch grotesken Unsinn die sog. „Grünen“ uns mit der Energiewende beschert haben. Nun, wer in die Welt schaut sieht, dass vielerorts die Kernenergie als eine der grössten und schnellsten Hilfen zur Minderung der Klimakatastrophe betrachtet wird!

*) SMR = Small, Modular Reactor. Kleiner modularer Reaktor, der serienmässig und damit billiger hergestellt werden kann.

**) eine TWh = eine Terawattstunde =eine Milliarde Kilowattstunden